

Inhaltsverzeichnis

V Veränderung braucht Mut

V-1	Juso Landesvorstand	Veränderung braucht Mut: Arbeitsprogramm 2020-2020	2
V-2	Juso Landesvorstand	Frischer Wind für die Parteikultur!	17

A Arbeit, Wirtschaft, Soziales

A-1	Jusos Saarbrücken Land	Aussetzung des Progressionsvorbehaltes für den Zeitraum der Corona Pandemie!	20
-----	---------------------------	--	----

I Initiativanträge

I-1	INITIATIVANTRAG: Klatschen reicht nicht! Solidarität mit den Streikenden in der Pflege	22
I-2	INITIATIVANTRAG: #endfortresseurope – Moria darf sich nie wieder ereignen!	24

V Veränderung braucht Mut

V Veränderung braucht Mut

V-1	Juso Landesvorstand	Veränderung braucht Mut: Arbeitsprogramm 2020-2020	2
V-2	Juso Landesvorstand	Frischer Wind für die Parteikultur!	17

V-1

Titel Veränderung braucht Mut: Arbeitsprogramm 2020-2020
AntragstellerInnen Juso Landesvorstand
Zur Weiterleitung an

Veränderung braucht Mut: Arbeitsprogramm 2020-2020

1) Das Land im Aufbruch

Wir alle kennen das Märchen vom jungen, unpolitischen Menschen, der sich keine eigene Meinung bildet und dumpf andere Positionen übernimmt. Wer diese Geschichte immer noch glaubt, der hat die letzten Jahre tief und fest geschlafen. Lange waren junge Menschen nicht mehr so politisiert, wie heute. Sie organisieren sich im Netz und auf der Straße und kämpfen lautstark für ihre Rechte. Wer aber seine Ideen umsetzen will, braucht Strukturen und Netzwerke dahinter: Wir sind die fortschrittlichste politische Jugendorganisation an der Saar. Wir sind der Lautsprecher für die jungen Menschen im Land und das politische Zuhause für alle, die an eine bessere Welt glauben. Ob Schüler*innen, Auszubildende im Betrieb, Studierende, Umweltaktivist*innen oder Facharbeiter*innen- Wir verbinden alle, die das Saarland besser machen wollen. Wir sind vereint in Vielfalt- das ist unsere Stärke. Es wird Zeit, dass junge Menschen nicht mehr nur über Politik reden, sondern sie besser machen. Und zwar in den Kommunen, in den Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament. Dafür werden wir uns einsetzen.

Die Corona-Krise hat uns die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft wie im Brennglas vor Augen geführt. Wenn 42 Milliarden weltweit so viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, dann ist etwas aus den Fugen geraten. Jede*r weiß, dass das nichts mit Fairness und nichts mit Leistungsgerechtigkeit zu tun hat. Es ist endlich an der Zeit, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Wohin diese Ungerechtigkeiten führen, hat die Krise einmal mehr offenbart. Wie man sie erlebt hat, war nämlich eine Klassenfrage. Unterschiedliche Faktoren, wie beispielsweise das Leisten von Care-Arbeit oder Zusammenleben auf engstem Raum sind maßgeblich dafür, wie die Menschen durch die Krise kommen. Es kann nicht sein, dass die Schwächsten der Gesellschaft auch noch die Verliererinnen und Verlierer dieser Krise werden. Wir müssen sicherstellen, dass jedes Kind die beste Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern erfährt und schlechte Arbeitsbedingungen, die körperlich und seelisch krank machen, der Vergangenheit angehören. Denjenigen, die den Laden am Laufen halten, gilt es nun nicht nur Respekt zu zollen, sondern gemeinsam mit ihnen für Löhne und gleiche Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die auch für ein gutes Leben reichen.

Das Saarland befindet sich im Umbruch. Seit zehn Jahren haben nicht mehr so viele Saarländerinnen und Saarländer wie heute um ihren Arbeitsplatz gebangt. Wir stehen an ihrer Seite und werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen. Gleichzeitig waren lange nicht mehr so viele Demonstrierende wie heute auf der Straße, die sich für eine nachhaltige Zukunft einsetzen. Als Jusos stehen wir in der Tradition einer politischen Partei, die aus dem Widerspruch von Arbeit und Kapital entstanden ist. Vermeintliche Widersprüche aufzulösen und dabei den Menschen nicht zu vergessen – das ist unsere DNA. Wir wollen nicht mit dem Zeigefinger andere aburteilen, sondern das Leben für alle besser machen. Wir werden uns deshalb in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass der saarländische Fokus auf Zukunft liegt: Wir wollen durch Innovation Vorreiter in der Industrie werden, eine saarländische Modellregion für Wasserstoff und „grünen Stahl“ werden und durch Investitionen den Digitalisierungs-Standort Saar stärken. Wir wollen die klugen Köpfe in der Digital- und Kreativwirtschaft fördern und Nachhaltigkeit großschreiben. Unser Land ist voller Ideen die Zukunft schaffen. Dafür muss die Politik den Rahmen setzen.

In der Pandemie hat sich aber auch gezeigt, dass die seit Jahren fortbestehende Bedrohung von Rechts real ist. Rechtsextreme mit Reichsflaggen, die unter dem Deckmantel der Hygienedemos die Treppen des Reichstags stürmen, rütteln auch jene wach, die über Jahre das Erstarken der Rechten verharmlosten. Die harte Realität ist

40 aber, dass die Rechten diese Treppen längst überwunden haben und als Abgeordnete in deutschen aber auch
41 europäischen Parlamenten das gesellschaftliche Klima vergiften und versuchen, den Staat zu unterwandern.
42 Wir sind die Speerspitze gegen das gesellschaftliche Rollback und die Neue Rechte. Wir kämpfen gegen jede
43 Form der Ausgrenzung, gegen Hass, Antisemitismus und Rassismus.

44 Wir sind überzeugt: Das ist nicht das Ende. Das Beste liegt noch vor uns. Wir Jusos wollen die Zukunft gestalten
45 und für ein besseres Land von morgen kämpfen. Wir wollen dem Wandel eine Richtung geben und niemanden
46 dabei zurücklassen. Fortschritt kann nur dann gelingen, wenn man zusammenbleibt. Und Veränderung
47 braucht Mut. Lasst uns mutig sein!

48

49 **2) „6 Stunden Arbeit am Tag, weil es mehr nicht braucht“- Arbeit, Wirtschaft, Soziales**

50 Einen Großteil unserer Lebenszeit verbringen wir auf der Arbeit. In den letzten hundert Jahren wurde die
51 durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland halbiert. Im Jahr 1875 betrug die Wochenarbeitszeit noch
52 72 Stunden, 1900 wurde sie gesetzlich auf 60 Stunden und 1918 auf 48 Stunden begrenzt. In den 80er Jahren
53 führten die Gewerkschaften heftige Kämpfe zur Einführung der 35 Stunden Woche, ehe diese bis Mitte der 90er
54 Jahre hinein in den Schlüsselindustrien teilweise umgesetzt wurde. Der sogenannte Achtstundentag, unser
55 aktuelles Arbeitszeitmodell, das von der Arbeiterbewegung errungen wurde, ist nun also schon über 100 Jahre
56 alt. Wäre es nicht längst an der Zeit, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu reduzieren? Wir sind uns sicher:
57 Die 30 Stunden Woche ist längst überfällig. Es ist längst an der Zeit, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu
58 reduzieren. Mehr Zeit für die Familie, mehr Zeit für das Vereinsleben, mehr Freizeit. In einer Gesellschaft, die
59 sich stets überlastet fühlt und zur Selbstoptimierung gezwungen wird, bedeutet weniger Stress deutlich mehr
60 Lebensqualität.

61 Die 30 Stunden Woche kann dabei auch den steigenden Zahlen der Arbeitslosigkeit und möglichen wegfallen-
62 den Arbeitsplätzen im Rahmen der Digitalisierung entgegenwirken und uns dem Ziel der Vollbeschäftigung
63 näher bringen. Durch den gesetzlich vorgeschriebenen Personalausgleich könnten rechnerisch auf je vier Voll-
64 zeitbeschäftigte eine neue offene Stelle entstehen. In welchem Arbeitszeitmodell die 30 Stunden Woche um-
65 gesetzt werden kann, sollen die Branchen durch Tarifverträge regeln. Nicht in allen Branchen kann eine 30-
66 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf kurze Sicht umgesetzt werden. Dort müssen deshalb branchen-
67 spezifische Ausgleichsmodelle verhandelt werden. Sechs Stunden Arbeit am Tag weil es mehr nicht braucht,
68 oder die Vier-Tage Woche: Es ist Zeit für eine Arbeitszeitreform!

69 Für uns Jusos ist klar, dass Arbeit mehr bedeutet, als nur die monatliche Entlohnung. Der Arbeitsplatz ermöglicht
70 uns einen Alltag, ein soziales Umfeld mit Kolleg*innen, bringt Wertschätzung und auch Selbstverwirklichung.
71 Das klingt für dich wie eine Utopie? Um mit einem positiven Gefühl zur Arbeit zu gehen, müssen die Rahmen-
72 bedingungen stimmen. Das heißt für uns, ein Lohn, der zum Leben reicht, also mindestens 15 Euro pro Stunde.
73 Eine Rente, die niemanden am Existenzminimum kratzen lässt, sodass man nicht zweimal überlegen muss mit
74 den Enkeln und Nichten zum Italiener um die Ecke essen zu gehen. Ein Sicherungssystem, das den Namen
75 auch verdient und Menschen nicht bei kurzer Arbeitslosigkeit durchs Raster fallen lässt. Deshalb fordern wir,
76 dass Mitbestimmung und Demokratie nicht am Werktor enden. Ein Mittel zur Steigerung der Tarifbindung ist
77 die ausnahmslose Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an tarifgebundene Unternehmen. Hauptaus-
78 wahlkriterium soll nicht mehr ausschließlich der günstigste Preis, sondern Tarifbindung und Mitbestimmung
79 sein. Dies gilt es auch bei finanziellen Förderungen, die durch das Land erfolgen zu beachten.

80 Die Corona-Pandemie hat auch unsere Arbeitswelt verändert und vor große Herausforderungen gestellt. Mehr
81 als die Hälfte der Arbeitnehmer*innen wurde ins Homeoffice geschickt und bis heute sind nicht alle an ihren
82 Arbeitsplatz zurückgekehrt. Doch wie gelingt die Gratwanderung zwischen maximaler Flexibilität und völliger
83 Entgrenzung der Arbeitszeiten? Klar ist, dass das Homeoffice Regeln braucht. Es kann nicht sein, dass der Ar-
84 beitsplatz zuhause schlecht ausgestattet ist, ohne Schreibtisch, ohne Bürostuhl und ohne Beleuchtung und
85 dass die jeweiligen Arbeitgeber*innen eine ständige Erreichbarkeit rund um die Uhr einfordert. Es muss ein
86 Recht auf Nichterreichbarkeit geben und Pausenzeiten müssen auch zuhause eingehalten werden können.
87 Die Arbeitgeber*innen stehen hier besonders in der Verantwortung, das Home-Office an den Bedürfnissen
88 der Arbeitnehmer*innen auszurichten. Dabei dürfen wir nicht zulassen, dass das Homeoffice alte Rollenver-
89 teilungen aufgreift und besonders Frauen* die Care Arbeit überlässt. Das Recht auf Vereinbarkeit von Familie
90 und Beruf muss auch im Homeoffice gewährleistet werden.

91 Wir Jusos Saar kämpfen auch an der Seite der Auszubildenden. Im letzten Jahr konnten wir mit der Einführung
92 der Mindestausbildungsvergütung einen ersten Erfolg feiern. Dennoch erleben Auszubildende oft schlechte
93 Bedingungen während ihrer Ausbildung, was auch an der mangelnden Ausstattung der Berufsschulen liegt.
94 Wir setzen und deswegen für eine bessere Ausstattung der Berufsschulen und die Lehr- und Lernmittelfrei-
95 heit ein. Die Betriebe sollen diese Kosten, wie auch anfallende Kopierkosten, übernehmen.. Auch die Corona
96 Krise geht nicht spurlos an den Auszubildenden vorbei. Viele Betriebe stehen vor der Insolvenz und können
97 junge Menschen nicht mehr ausbilden. Um die Auszubildenden auch nach der Ausbildung abzusichern, for-
98 dern wir eine staatlich gestützte Übernahmegarantie im Ausbildungsbetrieb. Der Jugend muss auch in Zeiten
99 von Corona eine Perspektive gegeben werden. Eine Ausbildungsgarantie, also der Anspruch eine mindestens
100 dreijährige duale Ausbildung zu erhalten, muss etabliert werden. Unternehmen, die ausbilden, müssen über
101 eine Umlage finanziert werden. Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen diese Umlage finanzieren.

102 Viele junge Menschen zieht es in die Stadt, ob für das Studium, die Ausbildung oder die Liebe. Auf diesen Ent-
103 schluss folgt jedoch oft das böse Erwachen: Hohe Mieten, Sanierungsstau und Miethaie. Der Wohnungsmarkt
104 im Saarland treibt vielen die Sorgenfalten auf die Stirn. Allein in Saarbrücken fehlen laut Hans-Böckler-Stiftung
105 rund 17.000 günstige Wohnungen. Dahinter steckt aber eine viel größere Frage, nämlich wem die Stadt ge-
106 hört.

107 Für uns Jusos ist klar: Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht zur Ware werden. Wir brauchen Sozialwoh-
108 nungen, die in den Innenstädten angesiedelt und nicht an den Stadtrand verdrängt werden. Wir dürfen nicht
109 weiter dabei zusehen, wie immer mehr alte Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen und das CDU geführ-
110 te Innenministerium den sozialen Wohnungsbau verschläft. Wir müssen sowohl auf dem Land, als auch in der
111 Stadt sicherstellen, dass der nächste Einkaufsmarkt fußläufig erreichbar ist, dass Bus und Bahn verlässlich in
112 der Nähe abfahren und der Besuch beim Arzt keine Weltreise bedeutet. Die Gentrifizierung darf nicht zur Ent-
113 mischung von Quartieren und gleichzeitig zur Ghettoisierung führen, die unsere Gesellschaft spaltet.

114 Um bezahlbares, würdevolles Wohnen ermöglichen zu können, brauchen wir eine neue Bodenpolitik. Grund-
115 stücke dürfen nicht nach Gewinn verkauft werden, sondern sollen auf Basis von Erbbaupachten- damit sie
116 in der öffentlichen Hand bleiben- mit sinnvollen Konzepten bewirtschaftet werden. Die Jusos Saar fordern
117 einerseits die Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und Baugenossenschaften sowie anderer-
118 seits die Schaffung größerer Anreize für den Bau bezahlbarer Wohnungen in den Kommunen. Ein größeres
119 Wohnungsangebot trägt zur Begrenzung steigender Mietkosten bei und senkt die Lukrativität für den Kauf
120 und die Vermietung von sog. Schrottimmobilen. Das saarländische Wohnungsaufsichtsgesetz ist ein Schritt in
121 die richtige Richtung, kann aber nur ein Anfang im Kampf gegen Schrottimmobilen sein. In Zukunft müssen
122 Konzerne, die nicht sanieren, die Mieten hochtreiben oder Schrottimmobillien vermieten zwangsweise an der
123 Sanierung beteiligt werden oder enteignet werden. Auch die Spekulation mit Mietraum an der Börse muss
124 endlich enden. Die Stadt gehört uns allen!

125 Arm in einem reichen Land? Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in finanzieller Armut, die Tendenz ist steigend.
126 Die Corona Krise droht diese Situation weiter zu verschärfen und die Ausgrenzung zu manifestieren. Gerade
127 die finanziell Schwächsten scheinen die größten Verliererinnen und Verlierer der Pandemie zu werden. Die
128 Eltern der betroffenen Kinder arbeiteten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören zu der Gruppe,
129 die als erste ihren Job verliert, wenig oder kein Kurzarbeitergeld erhalten. Finanzielle Armut bedeutet aber viel
130 mehr, als nur zu wenig Geld. Oft wird finanzielle Armut durch soziale Armut begleitet. Kein eigenes Kinderzim-
131 mer, keine Woche Urlaub im Jahr, keine Kinobesuche, keine Konzerte oder Einladungen von Schulkamerad*in-
132 nen nach Hause. Die Langzeitfolgen von Kinderarmut begleiten die Menschen oft ein Leben lang. Ein Zustand,
133 den wir keinen weiteren Tag hinnehmen können. Wir dürfen kein Kind zurücklassen und fordern deswegen
134 die Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 637 Euro pro Monat, pro Kind. Die soziale Teilhabe darf
135 nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen: Deswegen muss der ÖPNV und die Bildung gebührenfrei werden
136 und Kunst- und Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos zugänglich sein. Der gesamte
137 Familienlastenausgleich muss vom Kopf auf die Füße gestellt und entbürokratisiert werden.

138 Für viele Menschen unserer Generation spielt nicht mehr ausschließlich das Gehalt bei der Definition von
139 beruflichem Erfolg die ausschlaggebende Rolle. Mitbestimmung, Flexibilität, betriebliche Gesundheitsvorsorge
140 aber auch das Image der Firma sind an dieser Stelle, neben dem Einkommen, gewichtige Faktoren. Es geht also
141 nicht mehr ausschließlich um Geld, sondern um einen umfassenden Ansatz für das persönliche und in Teilen
142 auch gesellschaftliche Wohl, welches mit der ausgeübten Tätigkeit verbunden ist.

143 Im Gegensatz dazu wird der politische Erfolg Regierender* oder der unternehmerische Erfolg häufig nur an
144 einem steigenden Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder steigendem Unternehmenswert bemessen. Unternehmen
145 wie Regierungen sind integrale Bestandteile einer Gesellschaft. Dementsprechend muss unternehmerisches
146 und politisches Handeln multidimensional, mit dem Ziel eines gesteigerten Gemeinwohls, beurteilt werden.
147 Hierzu möchten wir in den kommenden zwei Jahren Verbandsintern auf Grundlage der „Gemeinwohlökono-
148 mie“ und des neuseeländischen „Wellbeing Budget“ diskutieren, wie sich politisches und wirtschaftliches Han-
149 deln multidimensional bewerten lässt und welche politischen Forderungen sich daraus ableiten lassen.

150 Wir stehen für Innovation und Fortschritt. Wir möchten jungen Unternehmerinnen und Unternehmern eine
151 Möglichkeit bieten, ihre Ideen und Konzepte umzusetzen. Sie sind der Treibstoff der Wirtschaft von morgen
152 und bereits heute Arbeitgeber*innen.

153 Dafür möchten wir ein Umfeld schaffen, welches das Potenzial der Start-Ups fördert und schützt. Die öf-
154 fentlichen Mittel zur finanziellen und organisatorischen Förderung von Unternehmensgründer*innen müssen
155 ausgeweitet und bürokratische Hürden bei der Unternehmensgründung reduziert werden. Die unübersichtli-
156 che Förderlandschaft mit komplizierten Antragswegen muss durch eine einheitliche Vergabe von Risikokapital
157 auch durch öffentliche Mittel verbessert werden.

158 Unsere Solidargemeinschaft ist ein wertvolles Gut. Aber schon im europäischen Vergleich wird klar, dass die
159 Solidarität in unserer Gesellschaft neu definiert werden muss: Wenn das mittlere Einkommen in Deutschland
160 niedriger ausfällt als in fast allen europäischen Nachbarländern dann ist klar, dass wir ein Zweiklassen-System
161 geschaffen haben, das den Aufstieg weniger zu Lasten vieler begünstigt. Die Besteuerung hoher Erbschaften
162 kann dabei helfen, Bildung und steuerliche Entlastung für die ärmere Hälfte der Bevölkerung zu finanzieren.
163 Wenn Firmenanteile im Wert von über sechs Millionen Euro ohne Gegenleistung, nur aufgrund eines Ver-
164 wandtschaftsverhältnisses verschenkt oder vererbt werden, fordern wir eine Steuer von 15 Prozent. Denn zu
165 zu unserem Bild einer modernen, wohlhabenden Gesellschaft gehört, dass wir füreinander einstehen und mit-
166 einander wachsen. Bei Entwicklung und Fortschritt muss und darf niemand mehr auf der Strecke bleiben. Wir
167 sind uns sicher, dass wir Teilhabe, Bildung und die Freiheit der individuellen Entwicklung nur dann ermöglichen
168 können, wenn wir die Ressourcen unserer Gesellschaft gezielt und solidarisch einsetzen.

169

170 **2a) Den Wandel gestalten- Sozial-ökologische Transformation**

171 Eine soziale und ökologische Transformation unserer Industrie ist nicht nur, in Anbetracht der anstehenden
172 ökologischen und damit verbundenen sozialen Krisen, politischer Imperativ, sondern bietet auch eine der
173 größten Chancen für Innovationen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung der
174 letzten Jahrzehnte. Wir wollen durch eine strategische Neuausrichtung des Industriestandorts Saarland lang-
175 fristig gut bezahlte Arbeitsplätze mit hervorragender Mitbestimmung erhalten und gleichzeitig einen substan-
176 ziellen Beitrag hin zu einer ökologischen Wirtschaftsweise leisten. Hierzu wollen wir dafür sorgen, dass saar-
177 ländische Unternehmen die Chance bekommen eine führende Rolle bei der Dekarbonisierung von Industrie-
178 prozessen und Mobilitätskonzepten zu spielen. Wir machen das Saarland zu einer Modellregion für Wasser-
179 stofftechnologien. Dies umfasst die Sektoren Produktion von Wasserstoff und der notwendigen technischen
180 Anlagen, Verkehr und Tank-Infrastruktur, sowie den Einsatz von Wasserstoff in der Stahlindustrie.

181 Auch die Informationstechnologien und der Einsatz künstlicher Intelligenz werden eine entscheidende Rolle
182 hin zu einer effizienten und damit auch ökologisch nachhaltigen Energieversorgung und Infrastruktur spielen.
183 Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Lehrstuhls für smarte Infrastruktur und intelligente Versorgungssys-
184 teme an der Universität des Saarlandes und zusätzliche finanzielle Unterstützung bei der Ausgründung von
185 Start-Ups in diesen Branchen.

186 Neben Industrie- Wirtschafts- und Wissenschaftspolitischen Impulsen fordern wir flankierende arbeitsmarkt-
187 politische Maßnahmen, um die nötige Sicherheit für von der Transformation betroffenen Arbeitnehmer*innen
188 zu gewährleisten. Hierzu fordern wir die Einrichtung von Strukturentwicklungsfonds zur gezielten Unterstüt-
189 zung betroffener Landkreise, sowie Transformationsgeld für die Beschäftigten in den vom Strukturwandel
190 betroffenen Branchen, um Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu ermöglichen ohne die Lebensstandards
191 der betroffenen Familien für die Dauer der Maßnahme zu reduzieren.

192

193 3) Save our planet- Umwelt

194 Die Klimakrise ist eine der größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Extremwetterereignisse, Artensterben und Dürren zeigen, dass es sich hier nicht mehr nur um ein Problem handelt, 195 welches uns in der Zukunft ereilt, sondern längst Tag für Tag spürbar ist. Wir befinden uns bereits in einer sich 196 verschärfenden Krise, weshalb politisches Handeln längst konkrete Maßnahmen zur Abmilderung der jetzt 197 schon präsenten Folgen ergreifen müsste. 198

199 Böden, Gewässer, die Atmosphäre und die Biosphäre stellen der Allgemeinheit Dienstleistungen, wie sauberes 200 Trinkwasser und die Möglichkeit zur Landwirtschaft, zur Verfügung. Diese ökologische Dienstleistungsfähigkeit 201 wird durch kapitalistische Ausbeutungsmechanismen überstrapaziert und gemindert. Die dabei entstehenden 202 Schäden werden vergesellschaftet, während von den Gewinnen nur wenige profitieren. Durch die ungleich 203 verteilte Möglichkeit zur Kompensation der Schäden entsteht dann soziale Ungerechtigkeit. Daher setzen wir 204 uns für eine Bilanzierung und einen dem Verursacherprinzip folgenden Ausgleich der Schäden an ökologischen 205 Gemeinwohlsgütern, sowie einen breitgefächerten Ansatz der Klimafolgenanpassung von der Landwirtschaft 206 bis zur Stadtplanung, ein.

207 Der Ausbau erneuerbarer Energien im Saarland stagniert, deshalb möchten wir hier vor allem die Rahmenbe- 208 dingungen für kommunale Energieerzeuger und Bürger*innenenergiegenossenschaften verbessern und uns 209 für die Einrichtung einer zentralisierten Anlaufstelle im Bereich der Förderung und Planung von Anlagen zur 210 nachhaltigen Energieerzeugung einsetzen.

211 Wir Saarländer*innen spüren jeden Tag, dass Mobilität nicht an den Landesgrenzen endet. Als überzeugte Eu- 212 ropäer*innen und Menschen deren Lebensmittelpunkt in der Großregion liegt, setzen wir uns für einheitliche 213 Preisstrukturen innerhalb der Großregion ein. Langfristig wollen wir einen gemeinsamen Verkehrsverbund 214 für die Großregion schaffen. Dabei soll der ÖPNV gebührenfrei sein und durch ein einheitliches Konzept zur 215 E-Mobilität ergänzt werden.

216 Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass Urlaub im Saarland nicht nur hip sein kann, sondern auch Zu- 217 kunft hat. Wir setzen uns für eine stärkere Vermarktung regionaler Marken wie z.B. der Biosphäre Bliesgau, 218 sowie für die Kombination von Naturerholung und Industriekultur ein. Weiterhin möchten wir uns für den 219 grenzüberschreitenden Ausbau von Wander- und Radwegenetzen – vom Premiumwanderweg bis zur Mehr- 220 tagestour und vom Reiserad bis zum Mountainbike- stark machen.

221 4) Kein Kind zurücklassen- Bildungspolitik

222 Jede*r soll sein oder ihr Leben selbstbestimmt führen. Grundlegend hierfür ist eine gute Bildungspolitik. Bil- 223 dung findet schon längst nicht mehr nur in der Schule statt. In einer Welt, die sich immer schneller wandelt, 224 hat lebenslanges Lernen an Bedeutung gewonnen. Wir wollen unseren Anspruch einer gerechteren Welt ver- 225 wirklichen, deswegen setzen wir uns für eine gebührenfreie Bildung von der KiTa bis hin zum Meister oder 226 Master ein. Der Bildungserfolg der Kinder darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Wei- 227 chen für die Zukunft werden bereits in der KiTa gestellt: Schon hier muss kindgerecht gegen Diskriminierung 228 und Menschenfeindlichkeit sensibilisiert werden. Erzieher*innen kommen bei diesen umfangreichen Aufga- 229 ben oft an ihr Limit. Wertschätzung heißt auch, mehr Personal in KiTas bereitzustellen (u.a durch einen besse- 230 ren Fachkraft-Kind-Schlüssel) und diese auch deutlich besser zu entlohnen. Um mehr gut geschultes Personal 231 einstellen zu können, muss die Weiter- und Ausbildung attraktiver werden. Daher fordern wir, dass die Kos- 232 ten der Aus-und Weiterbildung vollständig übernommen werden und auch die Ausbildung zu Erzieher*innen 233 ab dem ersten Lehrjahr angemessen entlohnt wird, wie z.B. bei der Praxis integrierten Ausbildung (PiA). Des 234 Weiteren sollen KiTa-Einrichtungen durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden

235 In der Schule verbringen Schüler*innen einen Großteil ihrer Kindheit und Jugend. Eigentlich müsste es eine 236 Selbstverständlichkeit sein, dass es ein Ort ist, an dem sie sich wohlfühlen. Die Realität sieht aber anders aus: 237 Berichte über unhygienische Toiletten, kaputte Heizanlagen oder marode Gebäude sind keine Seltenheit. Der 238 Investitionsstau an unseren Schulen muss behoben und bürokratische Hindernisse abgebaut werden. Lern- 239 orte, von denen Schüler*innen profitieren, bieten aber noch viel mehr als nur gute bauliche Gegebenheiten 240 oder eine ausreichende Ausstattung. Auch das Lernklima und die Art der Schule können dazu beitragen, dass 241 Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten entdecken und mit mehr Zufriedenheit lernen können.

242 Das sozialdemokratische Projekt der Gemeinschaftsschule ist eine Schulform, die wie keine andere unsere 243 pluralistische Gesellschaft widerspiegelt. Die Schüler*innen lernen unabhängig von ihrer familiären Herkunft

244 gemeinsam und werden erst im Laufe ihrer Schullaufbahn Stück für Stück differenziert unterrichtet. Gemein-
245 schaftsschulen sind Schulen für alle! Das gemeinsame Lernen führt zu einer Anhebung des Leistungsniveaus
246 aller und steigert die sozialen Kompetenzen.

247 Um die beste Betreuung von Beginn an sicherstellen zu können, brauchen wir mehr Lehrpersonal, darun-
248 ter mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und andere Professionen. Der
249 Grundstein für multiprofessionelle Teams wurde diesen Sommer durch ein Modellprojekt in den Landkrei-
250 sen Saarlouis und St. Wendel durch das Bildungsministerium gelegt. Nun heißt es die daraus resultierenden
251 Erkenntnisse sinnvoll zu nutzen und solche Teams zukünftig in allen Schulen umzusetzen.

252 Wie auch vor allen anderen Lebensbereichen, macht die Digitalisierung vor der Schule keinen Halt. Wir müs-
253 sen unsere Kinder und Jugendlichen bestens darauf vorbereiten, in einer digitalen Welt zu bestehen. Sie sollen
254 digitale Souveränität entwickeln, also digitale Medien selbstbestimmt und unter eigener Kontrolle nutzen und
255 sich an die ständig wechselnden Anforderungen in einer digitalisierten Welt anpassen können. Grundvoraus-
256 setzung zur Erlernung dieser Kompetenz ist natürlich, dass die technischen Geräte in der Schule und auch bei
257 den Schüler*innen Zuhause bereitstehen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass nicht alle Schüler*innen
258 mit den gleichen Chancen ausgestattet sind.

259 Wir begrüßen deshalb, dass Tablets für Schüler*innen über die Schulbuchausleihe vergeben und dadurch
260 gleiche Voraussetzungen für alle geschaffen werden. Bei der Umsetzung sollten die Kommunen vom Land
261 unterstützt werden. Die bedarfsgerechte Ausstattung mit Hard- und Software, je nach Lernkonzept der Schule,
262 muss ebenfalls sichergestellt werden.

263 Digitales Lernen in der Schule kann nur gelingen, wenn die Lehrer*innen das nötige Fachwissen mitbringen
264 und auch vermitteln können. Auch die Lehrpläne müssen in den kommenden Jahren an die digitalen Lehrin-
265 halte angepasst und überarbeitet werden.

266 Viele Kinder kommen zum ersten Mal in der Schule mit unserer Demokratie in Kontakt. Sie muss erlernt und
267 erlebt werden, um sie zu schätzen. Mitbestimmung beginnt nicht erst während des Arbeitslebens, sondern ab
268 der ersten Klasse. Dafür muss die Schüler*innenvertretung gestärkt werden, durch die nötige Zeit, materiel-
269 le Ausstattung und Unterstützung. Darunter fallen unter anderem die Bereitstellung eines Raumes und von
270 Büromaterialien, sowie die Möglichkeit während der Unterrichtszeiten Aufgaben der Schüler*innenvertretung
271 wahrzunehmen. Um eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen, müssen die demokratischen Gremien
272 der Schule paritätisch zu gleichen Teilen mit Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen besetzt werden. Nur so
273 fühlen sich Schüler*innen ernstgenommen und können demokratische Prozesse erlernen.

274

275 **5) Ich bin ein/e Europäer*in- Europapolitik**

276 Europa ist ein politisches Projekt, das sich fortlaufend verändert. Ein Projekt, dessen integrative Kraft enorm
277 ist und dessen Entwicklungsweg doch oft einem Karren gleicht, der auf steinigem Grund kein vorwärts und
278 kein zurück findet. Viele Kräfte reißen an der Zukunft einer Idee, die als Garant für Frieden und Wohlstand
279 geboren wurde. Für alle, die noch an die Leuchtkraft der Europäischen Idee glauben, ist es unmöglich, die
280 schwierige Lage des verfahrenen Karrens nicht mit Bedauern und Enttäuschung zu betrachten. Wir dürfen da-
281 bei aber nicht unser Ziel aus den Augen verlieren: Ein freies, gerechtes, solidarisches Europa. Die europäische
282 Idee sieht sich wie nie zuvor existenziellen Anfeindungen ausgesetzt: Rassismus und Nationalismus bedrohen
283 unsere europäische Einheit. Die Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch immer
284 spürbar, das fortdauernde humanitäre Totalversagen der Europäischen Union in der Asylpolitik, der Brexit und
285 ein bewaffneter Konflikt an der Ostgrenze haben unseren Kontinent und uns schwer erschüttert. Wir sehen
286 uns in der besonderen Pflicht, Europa zu verteidigen und zu verbessern – als die einzige Kraft in Europa, die
287 schon immer voller Mut und Überzeugung für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft hat. Wir – das
288 sind die jungen Menschen, die für den Verbleib von Großbritannien in der EU gekämpft haben, wir – das sind
289 all die jungen Frauen und queere Menschen, die sich in Polen gegen die Beschneidung ihrer Rechte wehren,
290 wir – das sind alle Vereine, Bewegungen und gesellschaftlichen Kräfte, die an ein besseres Europa glauben,
291 das seiner Verantwortung gerecht wird. Unser Ideal ist ein vereintes Europa mit hohen sozialen Standards,
292 das sich behaupten kann in einer Welt, in der die alten Global Player zunehmend an Bedeutung verlieren und
293 der Ton zwischen alten Partner*innen rauer wird.

294 Der Konflikt in der Ostukraine, aber auch die innerstaatlichen Transformationsprozesse wie in Belarus lassen

295 ein Klima großer Unsicherheit zurück. Es ist höchste Zeit, dass die EU ein starkes Zeichen für Demokratie und
296 Rechtsstaatlichkeit setzt. Personen, denen die Menschenrechtsverletzungen und Wahlfälschungen anzulas-
297 ten sind, sollten mit Einreiseverboten belegt und ihre Konten eingefroren werden. Die Menschen in Belarus
298 brauchen die Gewissheit, dass die Europäische Union ihrem Einsatz für freie und faire Wahlen nicht tatenlos
299 zusieht.

300 Wir wollen ein Europa der Werte. Insbesondere hat die Wirtschafts- und Finanzkrise offengelegt, dass allein
301 der Glaube an wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht ausreicht, um ein soli-
302 darisches Zusammenleben in Europa zu ermöglichen. Der Kapitalismus hat seine Schwächen offen gezeigt:
303 Griechenland ist neben Portugal, Spanien und Italien das bekannteste Beispiel dafür, wie Solidarität der Län-
304 der untereinander mehrfach aufgekländigt und dadurch eine Spirale nach unten eröffnet wurde. Nicht zuletzt
305 daraus erwuchs der gesteigerte Zulauf an Wähler*innen für rechtspopulistische, nationalistische und faschis-
306 tische Parteien. Durch die fehlende demokratische Legitimierung der Europäischen Institutionen wurde die
307 Abwendung der Menschen vom Prozess der Europäischen Vereinigung noch verstärkt. Umso mehr sehen wir
308 es als Aufgabe der Sozialdemokratischen Bewegung, den Glauben in demokratische Institutionen, sozialen
309 Zusammenhalt und ein gerechtes demokratisches Miteinander sicherzustellen und aufzubauen. Unser Ziel ist
310 eine demokratische Europäische Verfassung mit sozialen Grundprinzipien und durchschlagkräftigen Mecha-
311 nismen, die Verletzung dieser Werte zu sanktionieren.

312 Europa braucht neue Perspektiven sozialer Politik. Die Krisen die Europa gegenwärtig durchziehen sind Krisen
313 des Kapitalismus. Ein Sparen an öffentlicher Infrastruktur, an Bildung und sozialen Leistungen ist der falsche
314 Weg und führt nur immer weiter in die Rezession. Wir wollen Europa zu einer starken Gemeinschaft machen,
315 deren Krone der Konsens eines sozialen Europas ist. Ein Europa, das in die Zukunft investiert und in soziale
316 Sicherheit. Die EU ist nicht nur für große Unternehmen, Konzerne und Banken da, für Arbeitnehmer*innen
317 wollen wir einen europaweiten Mindestlohn, orientiert am Durchschnittslohn des jeweiligen Landes, für den
318 der Grundsatz gilt: „gleicher Lohn am gleichen Ort“. Zudem muss es Mindeststeuern für Unternehmen geben.
319 Der Bäcker an der Ecke will wissen, dass sein weltweit operierender Konkurrent auch Steuern zahlt. Sonst
320 lassen wir ihn im Stich.

321 Die Schließung der Binnengrenzen in der Corona-Krise war eine große Fehlentscheidung, die sich auch gravie-
322 rend auf das Saarland ausgewirkt hat und viele Saarländer*innen tagtäglich vor große Schwierigkeiten gestellt
323 hat. Offene Grenzen sind keine Sollbruchstellen, die bei Belastung brechen sollen. Sie sind der Kitt der die EU
324 zusammenhält. Nationale Alleingänge und Reflexe haben in der EU noch nie zum Ziel geführt. Grenzschließun-
325 gen dürfen kein politisches Mittel mehr sein. Wir fordern eine Überarbeitung des Schengener-Abkommens. Zur
326 Eindämmung von Pandemien braucht es EU-weite Lösungen, die unabhängig der nationalen Grenzen gedacht
327 werden müssen. Offene Binnengrenzen setzen einen einheitlichen Schutz der EU-Außengrenzen voraus. Des-
328 wegen fordern wir ein europaweites Konzept für den Umgang mit Pandemien und anderen internationalen
329 Katastrophen, eine Aufwertung des ECDC mit europaweiten Handlungsmöglichkeiten und eine Verbesserung
330 der Situation der Hilfsorganisationen vor Ort. Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit im Schutz der EU
331 Außengrenzen. Der Ausbau der Zusammenarbeit darf in keinster Weise dafür missbraucht werden, das Nar-
332 rativ der „Festung Europas“ zu festigen oder menschenunwürdige Praktiken anzuwenden. Das Saarland muss
333 nun die deutsch-französische Freundschaft mit aller Kraft ausbauen und den Schaden, die durch diplomati-
334 sche Totalausfälle seitens der saarländischen CDU entstanden sind, begrenzen.

335 Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa und wir wollen den Weg dahin gesamteuropäisch gestalten.
336 Auch deshalb müssen wir zukünftig stärker mit unseren pro-europäischen Freund*innen agieren und dem
337 jungsozialistischen Grundwert des Internationalismus Rechnung tragen.

338

339 **6) We fight back- Gesellschaftspolitik**

340 Hanau war kein Einzelfall! Die Anschläge von Hanau waren keine Tat eines isolierten Einzeltäters, es war rech-
341 ter Terror und er steht unter anderem im Kontext von Diskursen, die systematisch in diesem Land geschürt
342 werden und das nicht nur von Parteien wie die AfD sondern auch von der sogenannten „bürgerlichen Mit-
343 te“.

344 Seit 1990 wurden in Deutschland mindestens 169 Menschen von Faschist*innen ermordet. Im Jahr 2018 wur-
345 den insgesamt 19.409 „rechtsextremistisch motivierte Straftaten“ registriert. Der gesellschaftliche Aufschrei

346 bleibt, wie so oft, aus. Das Ermittlungsverfahren im Zuge des NSU, welcher zwischen 2000 und 2007 neun
347 Menschen kurdischer, türkischer und griechischer Abstammung sowie eine Polizistin ermordete, oder dem
348 Mord des aus Sierra Leone stammenden Oury Jalloh, der mutmaßlich von Polizisten in seiner Zelle verbrannt
349 wurde, haben verdeutlicht, dass die Aufklärung faschistischer und rassistischer Anschläge und Morde häufig
350 nicht nur sehr schleppend voran geht und es immer wieder Vertuschungsversuche seitens staatlicher Institu-
351 tionen gibt. Hinter diesen Anschlägen stecken Netzwerke militanter Gruppierungen und Individuen mit Ver-
352 bindungen zu deutschen Behörden wie dem Verfassungsschutz, der Polizei und der Bundeswehr. Das auch
353 diese Verstrickungen keine Einzelfälle sondern struktureller Natur sind lässt sich nicht verleugnen. Erinnerung sei
354 an die unter unerklärlichen Umständen verstorbenen Zeugen im NSU-Verfahren, die auf 120 Jahre gesperrten
355 Akten zum NSU, oder Organisationen wie Uniter, in denen Beamte aus Polizei und Militär Todeslisten anlegen,
356 Waffen horten und sich auf die Machtübernahme vorbereiten.

357 Antifaschismus ist und bleibt ein zentraler Bestandteil unserer jungsozialistischen Arbeit. Auch wenn rechte
358 Gewalt zunimmt, ist sie kein Novum oder lediglich ein Trend, sondern eindeutig ein wachsendes Problem,
359 welchem wir uns weiterhin entschieden entgegenstellen werden. Auch wenn Antifaschismus und das Einste-
360 hen für eine demokratische, offene, freie und solidarische Gesellschaft zusehends individuell sowie strukturell
361 unter Druck geraten, steht für uns weiterhin fest "Keinen Fußbreit dem Faschismus – keinen Millimeter nach
362 rechts".

363 Die Landesregierung muss stärker in antifaschistische Arbeit investieren und Bildungsarbeit gegen menschen-
364 verachtende Einstellung, Rassismus und Nationalismus fördern. Es darf keine weiteren Kürzungen des Etats
365 für Arbeit gegen rechts geben. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen, wie dem VVN-BdA und
366 ähnlichen Organisationen, muss endlich rückgängig gemacht werden. Unsere Solidarität gilt allen Bündnis-
367 partner*innen für couragierte und antirassistische Arbeit.

368 Nach dem gewaltsamen Tod des schwarzen US-Amerikaners George Floyd durch einen Polizisten in Minnea-
369 polis, gibt es weltweit Proteste. In vielen Länder gehen die Menschen auf die Straße, um unter dem Motto
370 #BlackLivesMatter gegen Rassismus und Diskriminierung zu kämpfen. Der Rassismus in den USA ist tief in
371 der Gesellschaft verwurzelt, wer aber denkt, dass Rassismus vor allem ein Problem in den USA ist, der ver-
372 schließt seine Augen vor Realität. Der Kampf gegen Rassismus kann nur durch das Reflektieren des eigenen
373 institutionalisierten und internalisierten Verhaltens erfolgen, der Kampf gegen Rassismus hält uns an, auch un-
374 sere eigene Muster zu hinterfragen und anzuerkennen, dass auch linke Akteur*innen nicht frei von Rassismus
375 sind.

376 Das diesjährige Vielfaltsbarometer führt uns erneut vor Augen, dass für queere Menschen die Welt nach der
377 Einführung der „Ehe für alle“ noch lange nicht perfekt ist. Angriffe gegen LGBTQI* Menschen gehören auch
378 2020 immer noch zur Tagesordnung und jede*r kann seine*ihre eigene Diskriminierungserfahrung erzählen.
379 Deswegen begrüßen wir die Schaffung des Landesaktionsplans, fordern jedoch zusätzlich eine*n Ansprech-
380 partner*in für queerphobe Gewalt innerhalb und außerhalb der Polizei.

381 Diskriminierungserfahrungen können und dürfen nicht isoliert von einander betrachtet werden. Für uns ist
382 es klar, dass hierbei eine intersektionelle Betrachtungsweise notwendig ist. Als Verband der Vielfalt ist es uns
383 wichtig unseren Blick möglichst divers auszurichten und uns für eine Diversifizierung innerhalb unseres Ver-
384 bandes einsetzen.

385 Als Jugendverband, der sich gegen jegliche Art von Rassismus stellt, positionieren wir uns auch gerade gegen
386 den "verborgenen", strukturellen Rassismus, der sich in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft, in unserem
387 Alltag, sowie auch in staatlichen Institutionen wiederfindet. Wir stehen weiterhin ganz klar an der Seite der
388 Betroffenen und behalten den kritischen Blick auf unsere eigene Partei bei. Wir wollen uns auch thematisch
389 (Anti-)Rassismus verstärkt widmen. Damit untrennbar verbunden ist für uns die kritische Auseinandersetzung
390 mit der deutschen Kolonialgeschichte, die Frage nach der Bedeutung des Begriffes Integration, sowie das Ver-
391 ständnis der Jusos als Verband, der BIPOCs zuhört, ihre Perspektiven kontinuierlich in unsere Arbeit einbindet
392 und sich darüber mit Expert*innen und Mitstreiter*innen austauscht. Wir möchten uns außerdem mit den
393 verschiedenen Facetten von Rassismus, wie beispielsweise antischwarzem und antimuslimischem Rassismus,
394 sowie weiterhin mit Antisemitismus und Antiziganismus auseinandersetzen. Denn der Strukturelle Rassismus
395 macht auch keinen Halt vor unserem Verband als gesellschaftlichem Raum. Wir wollen das Bewusstsein hierfür
396 stärken. Dazu brauchen wir insgesamt auch innerverbandlich mehr Awareness, um antirassistische Strukturen
397 zu etablieren. Wir wollen zudem die Auseinandersetzung mit dem kritischen Weißsein anstoßen, um rassisti-

398 sche Verhaltensweisen zu reflektieren und abzubauen.

399

400 **7) Ich hab Polizei- Sicherheitspolitik**

401 Der Diskurs um die Verschärfung des Polizeigesetzes läuft seit einigen Jahren bundesweit und stellt den ver-
402 zweifelten Versuch der Union dar, über den jahrelangen Kaputt-Sparkurs im Innendienst hinwegzutäuschen.
403 Die Einführung des Durchsetzungsgewahrsams und die Nutzung von Bodycams innerhalb von Wohnraum leh-
404 nen wir entschieden ab. Wir fordern daher: Keine Novellierung des saarländischen Polizeigesetzes mit diesen
405 Befugniserweiterungen. Wir sind uns sicher, dass eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik auch immer die
406 Stärkung von Bürger*innenrechten vorantreiben müssen. Deswegen setzen wir uns für die Einführung eines
407 unabhängigen Polizeibeauftragten, der auch für Bürger*innenbeschwerden zuständig ist und mit eigenen Er-
408 mittlungsbefugnissen ausgestattet ist und für die Einführung der Kennzeichnungspflicht ein.

409 Der Ruf nach einem schärferen Polizeigesetz kann uns nicht über die unterbesetzte und teils desolate Lage
410 der saarländischen Polizei sowie der Justizverwaltung hinwegtäuschen. Wer mehr Sicherheit will, muss vor
411 allem mehr Personal bei der Polizei und mehr Richter*innen und Staatsanwält*innen sowie unterstützendes
412 Personal einstellen. Die besten Gesetze nützen nichts, wenn sie nicht ordentlich vollzogen werden können.
413 Wir brauchen mehr Polizist*innen in den Wachen und vor allem mehr Polizei auf der Straße. Bund und Länder
414 haben in den letzten zehn Jahren mit Blick auf die Schuldenbremse zu viel Personal abgebaut.

415 Doch gerade die gesellschaftlichen Debatten der letzten Wochen haben uns gezeigt, dass wir Polizeiarbeit
416 neu denken müssen. Als Behörde, die das staatliche Gewaltmonopol innehat, muss die Polizei umso stärker
417 kontrolliert werden und sich immer wieder der Debatte um nötige Reformen stellen. Sozialdemokratische
418 Sicherheitspolitik soll vor allem die Deeskalation, Prävention und Kooperation in den Mittelpunkt des polizei-
419 lichen Handelns stellen und diese auch implementieren. Dafür ist es längst an der Zeit, dass mehr geschultes
420 Personal die Polizeiarbeit unterstützt und Situationen mit Konfliktpotential entschärfen. Dafür müssen mehr
421 Sozialarbeiter*innen, Streetworker*innen und Krisenbewältiger*innen eingestellt werden.

422 Spätestens seit dem Tod des US Amerikaners George Floyd ist uns allen bewusst, dass Rassismus mehr denn
423 je in den Blick der Politik gehört. Auch wenn rassistisches Verhalten, wie beispielsweise Racial Profiling in der
424 Theorie durch den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes verboten ist, müssen wir uns eingeste-
425 hen, dass solche Praktiken dennoch existieren und ein Problem für unsere Gesellschaft darstellen. Wir sind
426 daher fest entschlossen Rassismus in der Exekutive unseres Landes nicht länger tot zu schweigen und dieses
427 Verhalten beim Namen benennen. Wir wollen sowohl in der Öffentlichkeit als auch in unserer Partei unsere
428 Stimme erheben und das Problem Rassismus endlich klar benennen. Wir kämpfen entschlossen dafür Rassis-
429 mus, vor allem innerhalb der Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen. In einem ersten Schritt fordern wir daher
430 eine detaillierte Studie, deren Ziel es sein soll Rassismus in Bundes- und Landespolizei zu beleuchten.

431 Wir sind davon überzeugt, dass viele Polizist*innen jeden Tag unverzichtbare Arbeit leisten. Trotzdem gibt es
432 auch hier strukturelle Probleme. Wir halten es deswegen für unverzichtbar, dass es eine unabhängige Anlauf-
433 stellen gibt, bei denen Beamtinnen und Beamte rechtswidrige Vorfälle anonym melden können. Eine weitere
434 Möglichkeit Rassismus effektiv zu begegnen und deeskalierend zu arbeiten ist es, die festgefahrenen Struktu-
435 ren in Exekutive und Justiz aufzubrechen und mehr BIPOC und Frauen in diesen Bereichen zu beschäftigen.
436 Die Polizei muss so bunt sein, wie die Gesellschaft, die sie zu schützen hat!

437 Latenter Rassismus entsteht oft aus Vorurteilen und Unwissenheit und äußert sich unterbewusst in unseren
438 Handlungen. Gerade diesem latenten Rassismus muss, vor allem innerhalb der staatlichen Behörden und im
439 Sicherheitsapparat, begegnet werden. Damit das gelingen kann, muss die Ausbildung für Polizistinnen und
440 Polizisten überarbeitet werden und Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung als Schwerpunkt gewichtet wer-
441 den. Gegen bewussten Rassismus und rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden müssen alle staatlichen
442 Mittel zur Bekämpfung und Zerschlagung genutzt werden.

443

444 **8) Krise der Gleichberechtigung- Feminismus**

445 Obwohl Geschlecht als sozial-konstruierte Kategorie identifiziert wurde, bleibt die immer noch prominente ge-
446 sellschaftliche Aufteilung in Zweigeschlechtlichkeit wirkmächtig und lässt sich nicht kurzfristig wegdiskutieren.

447 Die Strukturierung in Frauen* und Männer durchzieht unsere gesamte Gesellschaft, sie bestimmt ein Macht-
448 gefälle – und das betrifft nicht nur abstrakt sondern ganz konkret die ökonomische und soziale Verteilung in
449 unserer Gesellschaft und damit die Lebenschancen, -welten und -realitäten. Dabei geht es nicht nur um Diskri-
450 minierung durch Geschlecht, sondern um Diskriminierung eines bestimmten Geschlechts: Frau. Diese Analyse
451 stellt für uns eine zentrale Ausgangsbasis unserer Politik dar. Das Konstrukt „Frau“ wird nicht nur als Individu-
452 um, sondern auch als Gruppe diskriminiert. Das heißt, die Lösung, „so viele Geschlechter wie Menschen“ ist zu
453 einfach um dieses Machtgefälle zu lösen. Diese Prämisse achtend, wollen wir auch Machtkonflikte gegenüber
454 geschlechtlichen Minderheiten thematisieren.

455 Kochen, waschen, putzen, Homeoffice und Hilfe beim Homeschooling: Viele Frauen* sorgen während der
456 Corona-Pandemie und auch darüber hinaus dafür, dass zuhause alles glatt läuft. Innerhalb weniger Wochen
457 haben sich alte Rollenbilder und traditionelle Aufgabenteilung wieder durchgesetzt. Die Krise ist aus frauen-
458 politischer Sicht ein klarer Rückschritt und macht deutlich: Der Kampf um Gerechtigkeit zwischen den Ge-
459 schlechtern und die gesellschaftliche Gleichstellung der Frau* ist noch lange nicht gewonnen. Im Gegenteil:
460 Wir müssen ihn jetzt noch härter führen!

461 Unser Ziel ist es, mit dem traditionellen Rollenbild der Frau* und Mutter zu brechen. Wir fordern deshalb die
462 Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet konkret,
463 dass beide Partner*innen mehr Zeit zuhause verbringen können und so eine gerechtere Verteilung der Aufga-
464 ben möglich ist. Ebenfalls muss die Brückenteilzeit erweitert werden und Konzepte zum finanziellen Ausgleich
465 für die Ausübung von CareArbeit entwickelt werden. Das Elterngeld sowie insbesondere der Partnerschafts-
466 bonus sollten ausgebaut werden, damit sich nach der Geburt eines Kindes die Eltern gemeinsam um den
467 Nachwuchs kümmern. Es braucht finanzielle Anreize um die sozialen Normen der Care-Arbeit zu ändern. Auch
468 stabile Care-Netze mitsamt attraktiven Arbeitsbedingungen und Einkommen für soziale Dienstleistungen kön-
469 nen dazu führen, dass die Care-Ungerechtigkeit geringer wird. Zeitintensive und herausfordernde Care-Arbeit
470 darf keine rein weibliche* Aufgabe sein!

471 Auch in Bezug auf häusliche und sexuelle Gewalt sind Krisenzeiten katastrophal: Viele Frauen* waren wäh-
472 rend des Lockdowns ihrem gewalttätigen Partner hilflos ausgeliefert. Die Unterstützung und der Ausbau der
473 Frauenhäuser sind im Kampf gegen Gewalt an Frauen* unbedingt notwendig. Außerdem befürworten wir die
474 Erarbeitung und Anwendung eines landesweiten Konzeptes zur Stärkung der Beratungsangebote für Frau-
475 en.

476 Die Politik muss Vorbild im Kampf um Geschlechtergerechtigkeit sein: Wir fordern deshalb die Einführung pa-
477 ritätischer Listen im Zuge der Wahlrechtsreform des Bundestages. Das Parlament als Volksvertretung muss
478 zu gleichen Teilen aus Frauen* und Männern bestehen. Die Wahlrechtsreform darf sich nicht nur auf die Ver-
479 kleinerung des Bundestags beschränken, sie muss auch ein klares Signal der Gleichberechtigung sein, um
480 ihrem Namen „Reform“ tatsächlich gerecht zu werden. Die Interessen und Vertretung von Menschen, die sich
481 dem Geschlecht Divers oder mit keiner dieser Kategorien identifizieren, müssen bei der Reform mitbedacht
482 werden.

483 Frauen*, die mit ihrer Partnerin* ein Kind bekommen, erfahren aktuell extreme Diskriminierung: So ist nur die
484 Frau, die das Kind geboren hat, offiziell die Mutter des Kindes. Ihre Partnerin kann nur beantragen als Adop-
485 tivmutter anerkannt zu werden. Diese unzeitgemäße Regelung muss ein Ende haben! Im Zuge der Einführung
486 der Ehe für alle ist eine neue Definition der Mutterschaft und eine Reform des Abstimmungsrechtes zwingend
487 notwendig.

488 In den kommenden Jahren wollen wir weiterhin dafür werben, mehr Frauen* für unsere Jugendorganisation zu
489 gewinnen und sie gezielt zu unterstützen. Auch der Austausch mit anderen Frauenverbänden soll angestrebt
490 werden, um unser Netzwerk zu vergrößern und zu verstärken.

491

492 **9) Gesundheit ist keine Ware- Gesundheitspolitik**

493 Zu Beginn der Corona Pandemie ging eine Welle der Solidarität durch Deutschland. Die Menschen klatsch-
494 ten für die Heldinnen und Helden der Pandemie, darunter an vorderster Stelle die Beschäftigten in unserem
495 Gesundheitssystem.

496 Mit der Endlichkeit des eigenen Lebens konfrontiert, schien der öffentliche Fokus sich endlich auf das Wichtige

497 im Leben zu konzentrieren, den Erhalt des Lebens und der Gesundheit des Menschen. Monate später ist die
498 Corona Pandemie noch immer nicht vorbei, das Gesundheitssystem in Deutschland ist nicht kollabiert und die
499 meisten Menschen sind bisher ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Pandemie gekommen. Die
500 noch vor wenigen Monaten zu Heldinnen und Helden stilisierten Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem
501 sind aber schon fast wieder vergessen.

502 Wir als Jusos Saar haben die Beschäftigten nicht vergessen. Wir kämpfen gemeinsam mit den Beschäftigten
503 und den Gewerkschaften, wie auch schon vor der Pandemie, für ein Gesundheitssystem, das den Menschen
504 in den Mittelpunkt stellt.

505 Als direkte Konsequenz aus der Pandemie fordern wir, unabhängig von der dauerhaften Wirtschaftlichkeit, den
506 Aufbau eines Vorrats an medizinischer Schutzausrüstung für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen und die
507 Freistellung von Katastrophenhelfer*innen in Hilfsorganisationen des Gesundheitswesens.

508 In Bezugnahme auf die besondere Stellung von Pflegekräften als eine der tragenden Säulen unseres Gesund-
509 heitssystems, setzen wir uns für echte und langfristige Verbesserungen in der Pflege ein. Dazu gehört un-
510 ter anderem die deutliche Erhöhung des Pflegemindestlohns, die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen
511 durch höhere Zuschläge bei Nacht-, Wochenende- und Feiertagsdiensten, die Abschaffung des DRG Systems
512 und die Einführung einer Personaluntergrenze in allen Bereichen der beruflichen Pflege. Um diese Ziele zu
513 erreichen, ist eine höhere gewerkschaftliche Organisation insbesondere in der Pflege unabdingbar.

514 Für uns galt auch schon vor der Corona Pandemie: Pflege ist Daseinsvorsorge und gehört als solche in die
515 öffentliche Hand und darf nicht dem freien Markt und dessen Doktrin der Gewinnmaximierung unterworfen
516 werden. Wir setzen uns für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ein.

517 Daher setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass unser Bundesland ohne privaten Krankenhausträger in die Zu-
518 kunft geht und wollen darüber hinaus gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi eine offene Debatte über die
519 zukünftige Krankenhausstruktur des Saarlandes anstoßen. Egal ob Pflegekräfte, Hebammen, Rettungssanitä-
520 ter*innen oder medizinisches Hilfspersonal, alle Beschäftigte in unserem Gesundheitssystem sind systemre-
521 levant und verdienen mehr als nur Applaus.

522 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem kämpfen wir für
523 echte und nachhaltige Verbesserungen, egal ob online, auf der Straße oder in Sitzungszimmern.

524 Während des Lockdowns waren viele Menschen durch die Kontaktbeschränkungen auf sich alleine gestellt
525 und weitgehend isoliert. Die Folgen dieser „Vereinsamung“, die auch das Home-Office mit sich bringen kann,
526 äußern sich sowohl physisch, als auch psychisch. Wir wollen uns in Zukunft verstärkt mit dem Thema Einsam-
527 keit und ihren sozialen Folgen beschäftigen und dabei Lösungsansätze entwickeln, die einer Vereinsamung
528 der Gesellschaft entgegenwirken.

529

530 **10) Kein Neuland- Digitalisierung**

531 Der Zugang zur digitalen Infrastruktur ist für viele Menschen ein essenzieller Bestandteil ihres Lebens gewor-
532 den. Gerade während der Corona-Pandemie verlagerten sich viele Bereiche des Lebens in den digitalen Raum,
533 seien es Ehrenamt, parteipolitische Arbeit, aber auch in vielen Fällen Schule, Ausbildung, Studium und/oder
534 Arbeit.

535 Wer keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zum Internet hat, ist stark in seinen Teilhabemöglichkeiten
536 beeinträchtigt. Dieser Ungleichheit muss auf mehreren Weisen entgegengewirkt werden. Zum einen muss der
537 Zugang zu digitalen Angeboten erweitert und barrierefrei gestaltet werden. Außerdem muss aber auch die
538 Kompetenz zur Nutzung dieser Strukturen gefördert werden und es sollten auch diejenigen, die sich offline,
539 oder nicht auf sozialen Medien oder anderen Kommunikationsplattformen, bewegen wollen, keine Nachteile
540 erfahren müssen.

541 Der große Wert von Daten in unserer digitalen Gesellschaft wird immer deutlicher. Gleichzeitig wird immer
542 undurchsichtiger, was mit unseren Daten geschieht und wie sie verwendet werden. Datenschutz ist nicht nur
543 Schutz unserer Privatsphäre, sondern spielt auch eine Rolle in der Frage, wie algorithmisch gestaltete Systeme
544 uns und unsere Gesellschaft beeinflussen können. Daten sind dabei eine der wichtigsten Ressourcen des
545 21. Jahrhunderts. Um so wichtiger ist es, dass verantwortungsbewusst damit umgegangen wird und einzelne

546 Nutzer*innen in der digitalen Welt geschützt werden. Wir wollen eine Debatte anstoßen, was hinter der Res-
547 source „Daten“ im 21. Jahrhundert steht. „Privacy by Design und Default“ bleibt dabei ein Leitgedanke, der auch
548 effektiv durchgesetzt werden muss. Daneben müssen Nutzer*innen befähigt werden, informierte und souve-
549 räne Entscheidungen treffen zu können. Hierzu gehört der Erwerb von Datenkompetenz sowie die Möglichkeit
550 verständliche und einfach gestaltete Datenschutzsysteme zu bedienen.

551 Die Europäische Union gibt sich derzeit einen neuen Rechtsrahmen für Online-Dienste. Mit dem sogenannten
552 „Digital Service Act“ sollen erstmals seit 20 Jahren die grundlegenden Rechte und Pflichten von beispielsweise
553 digitalen Plattformen und deren Nutzer*innen neu gefasst werden. Das betrifft eine Vielzahl von Bereichen,
554 die in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Beispielsweise die Frage, wie online künftig Informatio-
555 nen ausgetauscht und Kreativität ausgelebt werden kann. Oder die Frage, welche Macht große Plattformen
556 gegenüber einzelnen Nutzer*innen und welchen Einfluss sie auf unsere Demokratie haben dürfen. Einen ers-
557 ten Entwurf für den neuen Rechtsrahmen will die EU Ende 2020 vorstellen.

558 Die Urheberrechtsreform und die Proteste gegen Artikel 13 haben im vergangenen Jahr gezeigt, wie wichtig
559 es ist, von Anfang an einen offenen Diskurs zu führen. Wir Jusos wollen daher den Gesetzgebungsprozess
560 frühzeitig begleiten und uns mit unseren Vorstellungen einbringen. Der neue Rechtsrahmen muss sicher-
561 stellen, dass Grundrechte gewahrt werden und insbesondere die Meinungsfreiheit nicht durch allgemeine
562 Filtersysteme und Löschpflichten gefährdet wird. Es muss dabei gelten: Im Zweifel für die Meinungsfreiheit.
563 Gleichzeitig müssen effektive Maßnahmen bereit gestellt werden, um gezielten Desinformationskampagnen,
564 Hass und Hetze auf den Plattformen entgegen zu wirken. Die Regelungen müssen dabei so ausgestaltet sein,
565 dass sie nicht die quasi-Monopolstellung großer Konzerne verfestigen, sondern Raum bieten für kleinere oder
566 nicht-kommerzielle Angebote sich in der digitalen Welt zu behaupten. Auch die Situation der immer zahlrei-
567 cher werdenden Solo-Selbstständigen auf den Crowdfunding-Plattformen muss dabei beachtet werden. Die
568 Mikro-Job-Systeme dürfen nicht dazu führen, dass Arbeitnehmer*innenrechte und soziale Sicherungssysteme
569 ausgehebelt werden.

570 Ein Ausbau der Netzinfrastruktur durch private Unternehmen bedeutet, dass der Netzausbau gewinnorien-
571 tiert sein muss. Die Erwirtschaftung von Gewinnen ist jedoch gerade beim Ausbau in ländlichen Regionen
572 nicht immer gegeben. Um die Ungleichheit zwischen Stadt und Land zu entschärfen, und schnelles Internet im
573 gesamten Saarland zu gewährleisten, fordern wir, dass die Netzinfrastruktur in die öffentliche Hand gehört.
574 Schnelles Internet ist als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sehen und somit Staatsangelegenheit.

575 Hierbei ist eine Kombination von Glasfaserkabelnetzen und Hotspot-Technologie anzustreben.

576 Im Internet sind viele Regulierungsmechanismen des „freien Marktes“ ausgehebelt. Es gibt keinen Grund, den
577 zweitbesten Onlineshop zu nutzen, oder einen instant messenger zu nutzen, bei dem nicht alle meine Kontak-
578 te sind. Nach dem Prinzip „the winner takes it all“ bilden sich im Internet fast automatisch Monopole. Dies ist,
579 in der jetzigen Form, nicht wünschenswert, da die Monopolist*innen teilweise sensible Daten der Nutzer*in-
580 nen sammeln und undurchsichtig weiterverwenden, staatliche Aufgaben übernehmen oder einen großen Ein-
581 fluss auf die Demokratie ausüben, ohne selbst demokratisch legitimiert zu sein. Dem muss entgegengewirkt
582 werden, beispielsweise durch offene Standards oder demokratisch legitimierte überstaatliche Alternativen zu
583 marktwirtschaftlich getriebenen Monopolen.

584 Dass der Energieverbrauch des Internets enorm ist, ist hinlänglich bekannt. Wir fordern deshalb eine Deckung
585 dieses Energiebedarfs mittels erneuerbarer Energien, wo immer es möglich ist.

586 Durch Aufklärung der Bürger*innen über einfache Verhaltensweisen (wie das Nutzen von Lesezeichen und
587 des Browserverlaufs für den Aufruf häufig genutzter Seiten, statt einer Suchanfrage an eine Suchmaschine)
588 kann der Energiebedarf auch wieder gesenkt werden, dies kann auch durch effizientere und auf Nachhaltigkeit
589 ausgelegte Software erreicht werden. Problematisch ist aber besonders der Bedarf an Endgeräten. Oft werden
590 hier auch seltene und wertvolle (Konflikt-)Materialien verwendet, die kaum oder nur zu einer sehr geringen
591 Rate rückgewonnen werden können. Hierfür müssen auf allen Ebenen neue Lösungen gefunden werden. Ein
592 modularer und reparierbarer Aufbau von Elektrogeräten muss gefördert und gefordert werden. Ein Recht auf
593 Reparatur muss, über die von der EU für 2021 beschlossenen Verbesserungen hinaus, eingeführt und gestärkt
594 werden. Lieferketten müssen transparenter werden, und auch die öffentliche Beschaffung soll einen Fokus auf
595 faire und nachhaltige Elektronik und Software legen.

596

597 11) Die Keimzelle der Demokratie- Kommunales

598 Die saarländischen Städte und Gemeinden gehören zu den am höchsten verschuldeten Kommunen bundes-
599 weit. Selbst gesetzlich vorgegebene Pflichtaufgaben können stellenweise nur noch mit erneuten Krediten fi-
600 nanziert werden.

601 Dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur und in öffentliche Gebäude können in vie-
602 len der 52 saarländischen Städte und Gemeinden kaum noch gestemmt werden. Der Investitionsstau wächst
603 stetig an.

604 Mit dem „Saarland-Pakt“ hat die Landesregierung 2019 ein Programm verabschiedet, um ihren finanzschwachen
605 Kommunen erheblich unter die Arme zu greifen. Ein Programm, was unumstritten eine sozialdemokratische
606 Handschrift trägt.

607 Die Hälfte der momentan über 2 Milliarden Euro an kommunalen Kassenkrediten sollen innerhalb der nächs-
608 ten 45 Jahre (30 Millionen Euro pro Jahr) durch das Land getilgt werden, bei gleichzeitiger Tilgung der anderen
609 Hälfte durch die Kommunen selbst.

610 Außerdem werden jährlich 20 Millionen Euro zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft bereitgestellt.
611 Eine Errungenschaft, die es ohne die SPD nicht geben würde und die eine echte Unterstützung für die saar-
612 ländischen Städte und Gemeinden darstellt.

613 Die Altschuldenproblematik löst der Saarland-Pakt jedoch nur bedingt. Die Jusos Saar unterstützen deshalb
614 weiterhin ausdrücklich den Vorstoß von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Übernahme der kommunalen
615 Altschulden durch den Bund.

616 Die diesbezügliche Verweigerungshaltung der Union bewirkt den weiteren Anstieg sozialer Verwerfungen in
617 diesem Land. Finanzstarke Kommunen (beispielsweise in Bayern oder Baden-Württemberg) können ihre In-
618 vestitionen in Bereiche wie Bildung, Kultur, ÖPNV oder Digitalisierung seit Jahren problemlos stemmen, wäh-
619 rend andernorts ein immer größer werdender Investitionsstau entsteht. Die wohnortbedingten Diskrepanzen
620 in diesen Bereichen müssen beseitigt werden.

621 Als weitere finanzielle Entlastung der saarländischen Städte und Gemeinden fordern die Jusos Saar, wie im
622 ursprünglichen Kommunal-Pakt Plus* der SPD-Saar beinhaltet, eine stärkere Beteiligung des Landes an den
623 Personalkosten im Kitabereich. Die Kommunen müssen finanziell besser in der Lage sein den gesetzlich gere-
624 gelten Anspruch auf Kitaplätze für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können.

625 Bei den vergangenen Kommunalwahlen konnten viele junge Menschen in die kommunalen Parlamente ein-
626 ziehen. Der Landesvorstand wird deswegen in den kommenden zwei Jahren Vernetzungsforen bieten und
627 Angebote zur Fortbildung schaffen.

628

629 12) Stronger together- Gewerkschaften

630 Sowohl die SPD, als auch die Gewerkschaften haben ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert. In den Betrieben schlos-
631 sen sich Arbeiter in DGB-Gewerkschaften zusammen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und
632 Löhne zu erkämpfen. Außerhalb der Betriebe gründete sich der Vorläufer der SPD, um die gesellschaftlichen
633 Verhältnisse zu verändern, die diese Bedingungen verursacht hatten. Und bis heute zeigt sich, wie das Zu-
634 sammenspiel von Gewerkschaften und SPD bahnbrechende Verbesserungen herbeiführen kann, wie beim
635 gemeinsamen Kampf zur Einführung des Mindestlohns oder der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren. Im Mit-
636 telpunkt der Bestrebungen steht jeher die Lebens- und Arbeitswelt der Arbeitnehmer*innen zu verbessern.
637 Wir sind uns sicher, dass das nur gelingen kann, wenn sich Arbeitnehmer*innen vereinigen und gemeinsam
638 für die Verbesserungen streiten.

639 Gerade im Dienstleistungsbereich und im Besonderen im Pflegebereich sehen wir, dass ein geringer Organi-
640 sationsgrad der Arbeitnehmer*innen zu erschwerten Bedingungen im Kampf für bessere Löhne und Arbeits-
641 bedingungen führt. Deswegen setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, dass die Gewerkschaften, als wichtige
642 Akteure auf der politischen Bühne, weiterhin gestärkt werden.

643 Die Montanmitbestimmung, die zu einer zum Teil wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmervertre-
644 ter*innen im Aufsichtsrat geführt hat, ist bis heute einmalig und sollte auch auf andere Bereiche ausgeweitet

645 werden. Gerade in der Start-Up Szene müssen neue Wege der betrieblichen Mitbestimmung gefunden wer-
646 den, um Betriebsräte zu stärken und Ausbeutung vorzubeugen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass nur
647 die Start-Ups gefördert werden, die Betriebsräte erlauben. Gewerkschaften besitzen jede Menge Know – How
648 und vor allem bedingt durch ihre Mitgliederzahl eine starke Durchsetzungsfähigkeit. Dies müssen wir uns stär-
649 ker zu Nutze machen um gemeinsame Ziele voran zu bringen und umzusetzen. Zentral bleibt der Gedanke an
650 eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Dies kann nur mit einem verlässlichen Partner wie der Gewerk-
651 schaft geschehen. Deswegen wollen wir Jusos in den kommenden zwei Jahren die Zusammenarbeit mit den
652 Gewerkschaften und ihren Jugendlichen intensivieren und ausbauen.

653

654 **13) Freie Jugendarbeit**

655 Als politische Jugendorganisation stehen wir im ständigen Austausch mit anderen Jugendverbänden im Saar-
656 land. Wir unterstützen die Arbeit des Landesjugendrings, der 28 Jugendverbände mit starker Stimme vertritt,
657 mit aller Kraft und setzen uns dafür ein, dass der Landesjugendring mit ausreichenden Haushaltsmittel ausge-
658 stattet wird, um die erfolgreiche Arbeit fortzuführen. Das gleiche gilt für die Jugendarbeit vor Ort, sei es durch
659 Vereine oder freie Jugendclubs. Auch diese Strukturen der Jugendarbeit müssen finanziell unterstützt werden,
660 um Wissensmanagement zu unterstützen und zu fördern.

661 Wir machen uns auf allen Ebenen für die Jugendarbeit stark, die gerade in Zeiten, in der soziale Kontakte
662 eingeschränkt sind, Jugendlichen Perspektiven aufzeigt. Die Jugendarbeit darf nicht zum Opfer von Sparpoli-
663 tik werden, sie braucht eine funktionierende Infrastruktur. Sei es Räume, in denen regelmäßig Treffen statt-
664 finden können mit funktionierenden Sanitäreinrichtungen oder Seminarräume. Gerade im ländlichen Raum ist es
665 oft schwer geeignete Räumlichkeiten zu finden. Schullandheime und Jugendherbergen bieten Platz zum Aus-
666 tausch und zur Vernetzung und sind für viele Vereine unerlässlich. Deswegen muss massiv in den Erhalt dieser
667 Plätze investiert werden und Investitionsstau behoben werden.

668 Auch auf kommunaler Ebene muss Raum für Jugendliche geschaffen und erhalten werden. Vor allem bei fi-
669 nanziell schwachen Kommunen werden Investitionen in Freizeitangebote hintenangestellt und kommen oft
670 zu kurz. Das ist nicht im Sinne einer guten Politik für junge Menschen, die dort oft zum ersten Mal mit unserer
671 Demokratie in Kontakt kommen. Wenn wir Jugendliche in den Kommunen halten und unterstützen wollen,
672 dann brauchen wir eine Verbesserung der Infrastruktur. Für uns ist aber klar, dass eine gute Jugendpolitik
673 nur mit echter Beteiligung funktionieren kann. Deshalb fordern wir das Wahlrecht ab 16 Jahren und setzen
674 uns dafür ein, dass es zur Koalitionsbedingung nach den kommenden Landtagswahlen wird. Ergänzend dazu
675 fordern wir, dass Kommunen verpflichtet sind Jugendbeiräte einzusetzen und sie zu allen relevanten Themen
676 zu hören. Das kann nur über eine Gesetzesänderung des § 49 a II KSVG, in eine Muss-Vorschrift, gelingen. Da-
677 neben unterstützen wir auch andere Formen der echten Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene. Zudem
678 soll auf Landesebene ein Jugendlandtag eingerichtet werden, der mit echten Beteiligungsrechten ausgestattet
679 ist.

680

681 **14) JSAG**

682 Die Juso SchülerInnen Gruppe Saar (JSAG Saar) ist die ständige Vertretung aller Schüler_innen und Auszubil-
683 denden innerhalb der Jusos Saar. Als solches gilt es sie kontinuierlich durch den Landesvorstand der Jusos
684 Saar finanziell wie auch politisch zu fördern und zu unterstützen. Schwerpunkt wird hierbei die Mitgliederge-
685 winnung sein, bei welcher der Juso Landesverband nach aller Kraft die JSAG Saar unterstützen wird.

686 Themen, die Schülerinnen und Schüler im Saarland betreffen, sollen aufgefangen, gehört und diskutiert wer-
687 den. Die JSAG soll bei allen Positionierungen und in der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Schulpolitik und Ausbil-
688 dung vom Landesvorstand aktiv beteiligt werden. Durch die frühzeitige Einbindung von politisch interessierten
689 Schülerinnen und Schülern soll auch die Ausrichtung der Jusos Saar geprägt werden. Als gemeinsames Ziel ist
690 die Stärkung der Jusos Saar mit jungem, aktivem Nachwuchs festgesetzt.

691 Des Weiteren schlägt der Landesvorstand der JSAG Saar dem Landesvorstand der Jusos Saar ein Mitglied zur
692 Kooptierung vor, um die Positionen der Schüler*innen und Auszubildenden in der tagespolitischen Arbeit des
693 Juso Landesvorstands repräsentiert zu wissen.

694

695 **15) HSG**

696 Um das Saarland attraktiv für junge Menschen zu halten, Innovationen und Technologietransfer zu för-
697 dern und dadurch dem Strukturwandel entgegenzutreten, ist die Förderung des Saarlandes als Hochschul-
698 standort unerlässlich. Die Spar- und Kürzungsdebatte an den saarländischen Hochschulen muss sofort been-
699 det werden. Wir fordern hierfür einen Masterplan Hochschule um den Sanierungsstau noch in diesem Jahr-
700 zehnt zu beenden. Konkreten Handlungsbedarf sehen wir insbesondere bei der baulichen Situation. Jeder Fa-
701 kultät sollen ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Büros und Vorlesungen in nassen
702 Kellern gehören der Vergangenheit an. Weiterhin fordern wir die Rückkehr der Universität des Saarlandes zu
703 einer Volluniversität. Für uns schließen sich Breitenausbildung und Spitzenforschung nicht gegenseitig aus,
704 sondern gehen Hand in Hand. Als Hochschulstandort in der Mitte Europas hat das Saarland hierbei eine be-
705 sondere Verantwortung. Wir fordern den Ausbau von bi-/trinationalen Studiengängen und eine Erweiterung
706 von internationalen Netzwerken an allen saarländischen Hochschulen. Als Teil der Arbeiter*innenbewegung
707 kämpfen wir auch für bessere Arbeitsverhältnisse im Wissenschaftssektor. So muss momentane Situation von
708 studentischem und wissenschaftlichem Personal verbessert werden. Konkreten Handlungsbedarf sehen wir
709 hier in einer finanziellen Aufwertung, Abbau von Befristungen und einer feministischen Rekrutierungspolitik
710 für Nachwuchswissenschaftler*innen. Die Corona Pandemie hat eklatanten Nachholbedarf im Bereich der Di-
711 gitalisierung der Hochschulen aufgezeigt. Wir setzen uns dafür ein, dass Lehren aus dem Sommersemester
712 gezogen werden und digitale Angebote in Zukunft ergänzend zur Verfügung gestellt werden. Nicht nur in der
713 Corona Krise, sondern auch in der Klimakrise kommen den Hochschulen eine besondere Bedeutung zu. Des-
714 wegen setzen wir uns dafür ein, dass alle saarländischen Hochschulen Nachhaltigkeit als Ziel definieren um
715 in Zukunft hierfür finanzielle Mittel zur Verfügung stellen zu können. Ziel muss hierbei die schnellstmögliche
716 Klimaneutralität sein. Leider hängt Bildungsgerechtigkeit in vielen Fällen immer noch vom eigenen Geldbeu-
717 tel ab, deswegen setzen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG und eine Lockerung der Regelstudienzeit
718 ein. Für uns ist es selbstverständlich, dass gesellschaftliches Engagement und Care Arbeit im Studium hono-
719 riert werden muss. Wir verstehen Hochschulbildung jedoch nicht als isolierten Teil, sondern als Facette eines
720 ganzheitlichen Konzepts vom Kindergarten bis zum Master. Aus diesem Grund ist eine Zusammenlegung der
721 Ministerien für Bildung und Wissenschaft ein logischer Schritt, der bei der nächsten Landtagswahl gegangen
722 werden muss. Die Hochschulen sind so vielfältig wie die Studierenden. Menschenfeindlichkeit und Sexismus
723 haben für uns hier keinen Platz. Wir positionieren uns hierbei klar gegen rechte und nationalistische Kräfte,
724 sowohl innerhalb der Professor*innenschaft, als auch unter den Studierenden. Die Hochschulen sind ein Platz
725 für alle.

726

V-2

Titel	Frischer Wind für die Parteikultur!
AntragstellerInnen	Juso Landesvorstand
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

Frischer Wind für die Parteikultur!

1 In den kommenden zwei Jahren liegt unser Fokus als größte linke Jugendorganisation im Saarland darauf,
2 unsere Forderungen und Inhalte in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Als Lautsprecher für junge Menschen
3 wollen wir sie nicht nur vertreten, sondern sie auch werben, sich aktiv bei uns zu engagieren. Uns erwarten in
4 den kommenden zwei Jahren zwei richtungsweisende Wahlen: Im September 2021 die Bundestagswahl und im
5 März 2022 die Landtagswahl. Unser Anspruch ist ganz klar: Wir wollen bei Jungwähler*innen die stärkste Kraft
6 werden und gemeinsam mit unseren Kandidierenden dafür kämpfen, dass wir die Regierung stellen.

7 Für uns stehen jedoch nicht Personalien, sondern Inhalte im Vordergrund. In einem ersten Schritt gilt es daher
8 sicherzustellen, dass junge Themen in beiden Wahlprogrammen prominent vertreten sind. Um eigene Jugend-
9 wahlprogramme entwerfen zu können, wollen wir als Landesvorstand vier Themenmonate durchführen, die
10 sowohl digital, als auch vor Ort erfahrbar sind.

11 Ziel dieser Themenmonate ist es, mit vielen Saarländerinnen und Saarländern, die hier arbeiten und wirken,
12 um das Land besser zu machen, ins Gespräch zu kommen. Im Vordergrund der Themenmonate steht also der
13 persönliche Austausch und der Besuch an der jeweiligen Wirkungsstätte. Denn eins ist klar: Wir wollen nicht
14 nur im eigenen Saft schmoren!

15 Mit Mut wollen wir deswegen über Innovation, Nachhaltigkeit, Bildung/ Kultur und Wirtschaft sprechen und
16 die besten Ideen und Visionen für das Land sammeln. Das kann nur gelingen, wenn wir unter anderem mit
17 den Jugendvertretungen, Start-Ups, Unternehmen und Kunst- und Kulturschaffenden in den Austausch tre-
18 ten.

19 Wir treten zu beiden Wahlen aber auch mit dem Anspruch an, dass sich unsere eigenen Fraktionen endlich
20 deutlich verjüngen und junge Menschen in die Parlamente einziehen. Dafür werden wir frühzeitig Gespräche
21 führen und unser verbandsinternes Weiterbildungsangebot spezifisch erweitern. Denn eins ist klar: Niemand
22 kann junge Themen so authentisch vertreten, wie junge Menschen selbst!

23 **Konkret wollen wir für die anstehenden Wahlen:**

24 -> Juso Kandidierende mit personeller und materieller Ausstattung unterstützen

25 -> einen jungen Wahlkampf im Saarland mit Fokus auf den Juso Kandidierenden machen

26 -> eine Veranstaltung mit Kevin und unseren Juso Kandidierenden veranstalten

27 -> stärkste Kraft im Land bei Jungwähler*innen bleiben

28 -> viele Jusos in den Parlamenten

29 -> eigene Jugendkampagnen mit Schwerpunkt auf jungen Themen erarbeiten

30 -> unsere Forderungen in das Regierungsprogramm und anschließend in den Koalitionsvertrag der SPD ver-
31 handeln

32

33 Bei der vergangenen Kommunalwahl ist es uns bereits gelungen, viele junge Menschen in die Orts- und Ge-
34 meinderäte zu bringen. Wir wollen die jungen Fraktionsmitglieder miteinander vernetzen und Plattformen

35 schaffen, auf denen sie sich regelmäßig über ihre Arbeit und Erfahrungen austauschen können. Außerdem
36 soll es auch hier passgenaue Weiterbildungsmöglichkeiten geben, um den jungen Menschen das nötige Hand-
37 werkszeug zur Verfügung zu stellen. Hierfür soll im Landesvorstand eine Person die Federführung überneh-
38 men und als Ansprechpartner/in für alle Fragen und Anliegen bereitstehen.

39 Wir wollen die jungen Menschen dort abholen, wo sie zuhause sind: Im Internet. Dafür wollen wir ein neues
40 Corporate Design in Auftrag geben, dass im Anschluss auch den Kreisverbänden kostenfrei zur Verfügung
41 gestellt wird. Dieses Design soll uns auf dem Weg zu den anstehenden Wahlen und bei unserem Internetauftritt
42 auf den sozialen Plattformen begleiten. Um noch mehr junge Menschen von unseren Themen überzeugen zu
43 können, wollen wir weiter wachsen. Unsere Jugendorganisation lebt von der Diversität- das ist unsere Stärke!
44 Im kommenden Jahr möchten wir eine professionelle Neumitgliederkampagne starten, die sich den Strukturen
45 der Kreise vor Ort anpasst und den Bedürfnissen der Kreisvorstände entspricht.

46 **Um unseren steigen Austausch untereinander weiterhin zu verbessern, wollen wir:**

47 -> den digitalen Newsletter fortführen

48 -> das offene Mitgliedermeeting in regelmäßigen Abständen digital stattfinden lassen

49 -> digitale Sitzungen und Bildungsangebote ausbauen und verstetigen

50 -> unsere Social Media Arbeit verbessern und dabei die traditionelle Pressearbeit nicht vergessen

51 -> ein neues Corporate Design anfertigen

52 -> eine Neumitgliederkampagne mit den Kreisverbänden zu entwickeln

53 Als Jugendorganisation stehen wir im regen Austausch mit vielen Bündnispartner*innen, die wir in den letzten
54 Jahren als verlässliche Partner*innen erlebt haben. Wir wissen genau, dass wir unsere Arbeit nur gemeinsam
55 erfolgreich gestalten können und so auch ein breiteres Echo in der Gesellschaft erzielen. Diese Zusammenar-
56 beit, unter anderem mit dem NDC, der JEF, dem Landesjugendring, Fridays For Future, den Gewerkschaftsju-
57 genden und den linken Jugendorganisationen wollen wir verstetigen und ausbauen.

58 Um unsere politischen Forderungen umsetzen zu können, müssen wir als starke linke Kraft in der SPD Saar
59 wahrgenommen werden, deswegen wollen wir auch in den kommenden zwei Jahren weiterhin konstruktiv
60 mit der SPD zusammenarbeiten. Besonders am Herzen liegt uns die gute Zusammenarbeit mit den Arbeitsge-
61 meinschaften der SPD, die längst mehr, als nur die Beschaffung von Mehrheiten, hervorbringt.

A Arbeit, Wirtschaft, Soziales

A Arbeit, Wirtschaft, Soziales

A-1	Jusos Saarbrücken Land	Aussetzung des Progressionsvorbehaltes für den Zeitraum der Corona Pandemie!	20
-----	---------------------------	---	----

A-1

Titel	Aussetzung des Progressionsvorbehaltes für den Zeitraum der Corona Pandemie!
AntragstellerInnen	Jusos Saarbrücken Land
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress, SPD Landesparteitag

Aussetzung des Progressionsvorbehaltes für den Zeitraum der Corona Pandemie!

1 Die Jusos Saar fordern Aussetzung des Progressionsvorbehaltes für alle Kurzarbeitergeldbezieher*innen
2 und Bezieher*innen anderer Lohnersatzzahlungen (Soloselbstständige* etc.) über den Zeitraum der Corona-
3 Pandemie.

4 Analyse:

5 Aufgrund des Progressionsvorbehaltes wird vielen Bezieher*innen des KUG für das laufende Steuerjahr ei-
6 ne Steuernachzahlung im kommenden Kalenderjahr bevorstehen. In der Konsequenz werden, wenn sich die
7 Pandemie Situation bis dahin entspannt hat, für viele KUAG Bezieher*innen (bis zu 7.3 Mio Arbeitnehmer*in-
8 nen[1]) finanzielle Einschnitte im mittleren 3 stelligen bis hin zum niedrigen 4 stelligen Bereich entstehen(vgl.
9 Beispielrechnungen aus [2]). Diese finanziellen Einschnitte können in einer sich erholenden Volkswirtschaft
10 einen negativen Impuls darstellen und eine bisher vorbildlich antizyklisch agierende Finanz- und Fiskalpolitik
11 teilweise konterkarieren. Im Umkehrschluss kann die einmalige Aussetzung des Progressionsvorbehaltes für
12 viele Arbeitnehmer*innen eine entsprechende Ersparnis darstellen und daher einen positiven Konjunkturim-
13 puls setzen. Sollte die Pandemie Situation länger anhalten muss diese Maßnahme über den gesamten steu-
14 erlich relevanten Zeitraum umgesetzt werden, um die beschriebenen negativen Effekte zu vermeiden.

15

16 [1] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2603/umfrage/entwicklung-des-bestands-an-kurzarbeitern/>

17 [2] <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/steuernachzahlungen-bei-kurzarbeit-7->

18 [beispiele-zeigen-ob-ihr-trotz-geringeren-gehalts-am-ende-des-jahres-auch-noch-geld-ans-finanzamt-ueberweisen-muesst/](https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/steuernachzahlungen-bei-kurzarbeit-7-beispiele-zeigen-ob-ihr-trotz-geringeren-gehalts-am-ende-des-jahres-auch-noch-geld-ans-finanzamt-ueberweisen-muesst/)

I Initiativanträge

I Initiativanträge

I-1	INITIATIVANTRAG: Klatschen reicht nicht! Solidarität mit den Streikenden in der Pflege	22
I-2	INITIATIVANTRAG: #endfortresseurope – Moria darf sich nie wieder ereignen!	24

I-1

Titel INITIATIVANTRAG: Klatschen reicht nicht! Solidarität mit den Streikenden in der Pflege

AntragstellerInnen

Zur Weiterleitung an

INITIATIVANTRAG: Klatschen reicht nicht! Solidarität mit den Streikenden in der Pflege

- 1 Zu Beginn der Corona Pandemie ging eine Welle der Solidarität durch Deutschland. Die Menschen klatschten
2 für die Held*innen der Pandemie, darunter an vorderster Stelle die Beschäftigten in unserem Gesundheits-
3 system.
- 4 Mit der Endlichkeit des eigenen Lebens konfrontiert, schien der öffentliche Fokus sich endlich auf das Wichtige
5 im Leben zu konzentrieren, den Erhalt des Lebens und der Gesundheit des Menschen.
- 6 Monate später ist die Corona Pandemie noch immer nicht vorbei, das Gesundheitssystem in Deutschland ist
7 nicht kollabiert und die meisten Menschen sind bisher ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die
8 Pandemie gekommen. Die noch vor wenigen Monaten zu Held*innen stilisierten Beschäftigten in unserem
9 Gesundheitssystem sind schon fast wieder vergessen.
- 10 Statt jetzt endlich dringend benötigte Veränderungen in unseren Gesundheitssystem anzugehen und den be-
11 schäftigten, durch sofortige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und einer deutlichen Erhöhung der Löh-
12 ne, Wertschätzung entgegen zubringen werden entsprechenden Forderungen eine Absage erteilt.
- 13 Darüber hinaus soll den Beschäftigten jetzt auch noch ein Strick daraus gedreht werden, dass sie für Forde-
14 rungen streiken, die insbesondere den krassen Personalmangel in der Pflege entgegenwirken sollen. Eine aus-
15 reichende Personalbesetzung in Krankenhäusern und Altenheimen ist nicht nur im Sinne der Beschäftigten,
16 sondern im Sinne aller Bürger*innen. Jeder Mensch kann eines Tages auf die Hilfe von Pflegekräften ange-
17 wiesen sein und gerade in Zeiten von Corona sollten eigentlich alle zur Erkenntnis gelangt sein, dass der Satz
18 „Pflege ist systemrelevant“ nicht nur eine Floskel ist.
- 19 Wir als Jusos Saar haben die Beschäftigten in der Pflege nicht vergessen. Wir kämpfen gemeinsam mit den
20 Beschäftigten und den Gewerkschaften, wie auch schon vor der Pandemie, für ein Gesundheitssystem, das
21 den Menschen in den Mittelpunkt stellt.
- 22 Daher stehen wir geschlossen hinter den Streikenden und fordern:
- 23 • Eine deutlich höhere Entlohnung für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen und höhere Zuschläge
24 bei Nacht-, Wochenende- und Feiertagsdiensten, um ansatzweise gegenüber der in der verarbeiteten
25 Industrie gezahlten Zulagen wettbewerbsfähig auf dem Arbeitsmarkt zu sein.
 - 26 • Den Stopp von Privatisierungen in der Gesundheitsbranche, eine Rückführung von Pflegeheimen und
27 Krankenhäusern in staatliche Hand, damit der Staat die Möglichkeit hat, Krankenhäuser und Pflegehei-
28 me dort zu planen und gut auszustatten, wo sie wirklich notwendig sind.
 - 29 • Das Fallpauschalensystem (DRG System) muss ersetzt oder zumindest grundlegend reformiert werden,
30 damit die ökonomisch gesteuerte, gefährliche Übertherapie sowie die Unterversorgung von Patient*in-
31 nen gestoppt wird.
 - 32 • Die Einführung eines deutschlandweiten, allgemeinverbindlichen Tarifvertrags in der Langzeitpflege,
33 um die regional starken Unterschiede der Arbeitsbedingungen anzugleichen.

- 34 • Die vom Deutschen Pflegerat (DPR), der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Gewerkschaft
35 Verdi entwickelten Personalbemessungsverfahren, die als zeitnahe Zwischenlösungen angedacht sind,
36 müssen jetzt umgesetzt werden, um spürbare Verbesserungen im Alltag des Pflegepersonals zu er-
37 möglichen und somit verlorenes Vertrauen gegenüber den politischen Handlungsträger*innen und der
38 Zukunft der Pflege im Allgemeinen wieder aufzubauen.

I-2

Titel INITIATIVANTRAG: #endfortresseurope – Moria darf sich nie wieder ereignen!

AntragstellerInnen

Zur Weiterleitung an

INITIATIVANTRAG: #endfortresseurope – Moria darf sich nie wieder ereignen!

1 Schon seit Jahren und in aller Öffentlichkeit setzt die Europäische Union auf eine rigorose Abschottungspolitik,
2 wenn es um Menschen geht, die nach ihrer beschwerlichen und monatelangen Flucht an den Grenzen der
3 Europäischen Union ankommen. Vor rund einem Monat hat sich dabei auf der griechischen Insel Lesbos die
4 Tragödie realisiert, vor der Migrations-Expert*innen und NGOs vor Ort schon monatelang gewarnt haben: Im
5 Flüchtlingslager Moria hat sich ein Feuer ausgebreitet, das das Lager vollständig zerstört hat.

6 Dabei blieben mehr als 12.000 Menschen zurück, die teilweise schon über Monate in dem für nur 2800 Perso-
7 nen ausgelegten Lager auf ihr Asylverfahren warteten.

8 Schon vor dem Feuer herrschten in Moria desolate, mit staatlichen Fundamentalprinzipien wie der Menschen-
9 würde nicht zu vereinbarende Zustände. Die Obdachlosigkeit der Geflüchteten hat sich mit dem Brand noch
10 stärker als zuvor manifestiert, viele der Lagerbewohner*innen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, me-
11 dizinischer Infrastruktur oder sättigender Nahrung. Erst kurz vor dem Feuer vermeldete die NGO „Seebrücke“
12 darüber hinaus den ersten Corona-Fall in Moria.

13 In aller Klarheit müssen wir sagen: Moria ist kein Unfall. Moria ist nicht das Resultat einer Politik des „Wegschau-
14 ens“, wie häufig proklamiert. Die Europäische Union schließt nicht ihre Augen, denn das würde suggerieren,
15 wenn sie sie nur öffnen würde, könnte Hilfe geleistet werden.

16 Die Externalisierung der Geflüchteten in Moria ist politisch gewollt und das direkte Resultat der europäischen
17 Asyl- und Geflüchtetenpolitik, die maßgeblich von konservativen und rechten Kräften diktiert wurde.

18 Das ein politisches Umdenken selbst nach dem verheerenden Brand vermutlich nicht stattfinden wird, zeigte
19 sich in der vergangenen Woche auch in Brüssel bei der Vorstellung des neuen sog. Migrationspakts der Eu-
20 ropäischen Kommission. Auch wenn der Migrationspakt versucht, einen Verteilmechanismus zu etablieren,
21 bleiben viele Fragen ungeklärt. Bislang sieht es beispielsweise so aus, dass die Regeln des Dublin-Systems
22 unangetastet bleiben, sodass immer noch Staaten wie Italien oder Griechenland eine enorme Last alleine zu
23 tragen hätten. Darüber hinaus bleibt im Unklaren, wie diese Länder in Zukunft unterstützt werden sollen. Ein
24 weiteres – ungeklärtes – Beispiel ist auch die Fortführung der Zusammenarbeit der EU mit der Türkei oder
25 auch der libyschen Küstenwache.

26 Während die Kommission zwar erkannt hat, dass es Bedarf gibt, eine andere Politik im Bereich der Migration
27 und der Asylverfahren zu verfolgen, hat sie sich im Rahmen des Migrationspaktes vor allem dazu entschieden,
28 den Fokus auf schnelle Verfahren, die zu noch schnelleren Abschiebungen führen sollen, zu legen. Nicht ohne
29 Grund avanciert schon jetzt das Wort „Abschiebepatenschaft“ zum Unwort des Jahres.

30 Diese politische Agenda wird nicht im Geringsten der Warmherzigkeit, der Solidarität und der Entschlossen-
31 heit gerecht, die viele europäische Bürger*innen aber auch unzählige Kommunen und Regionen in Bezug auf
32 Geflüchtete und deren Schicksale in den vergangenen Jahren und auch heute noch gezeigt haben.

33 Die Jusos Saar fordern deshalb (nach wie vor):

- 34 • Eine sofortige Evakuierung der Menschen in den Lagern auf Lesbos!

- 35 • Die Schließung aller Lager an den europäischen Außengrenzen und die Etablierung eines solidarischen
36 und funktionierenden Verteilmechanismus innerhalb der EU!
- 37 • Ein Neustart in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik gestützt auf humanitäre Grundwerte und
38 ohne „Abschiebepatenschaften“
- 39 • Die Schaffung sicherer und legaler Migrationsrouten, insbesondere auch die Schaffung einer europäi-
40 schen Seenotrettung
- 41 • Die Beendigung illegaler Rückführungen und in diesem Kontext die Schaffung harter Sanktionsmecha-
42 nismen, um die Verletzung von Menschenrechten durch EU-Länder und die Grenzschutzagentur Fron-
43 tex zu ahnden.
- 44 • Die Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung
- 45 • Die Abschaffung des § 23 AufenthG, der ein Zustimmungserfordernis des Bundesinnenministers hin-
46 sichtlich der Aufnahme von Geflüchteten durch einzelne Bundesländer normiert